wenn sofort und mit aller Energie die Mobilisierung der gesamten Arbeiterschaft durchgeführt wird.

Solidarität aller Werktätigen für die Metallarbeiter ist die Aufgabe!

Heranziehung der wichtigsten Kampftruppen der Arbeiter ist notwendig!

Unterstützung der Metallarbeiter mit Hilfe aller proletarischen Organisationen.

In großen öffentlichen Versammlungen und Kundgebungen muß die Dresdner Arbeiterschaft sofort über den Ernst der Lage aufgeklärt und der Weg zum Sieg aufgezeigt werden.

Die Metallarbeiter müssen von der Leitung des DMV fordern, daß sofort eine großzügige Unterstützungsaktion eingeleitet wird.

Die lebenswichtigen Betriebe müssen den Ausgesperrten ihre praktische Solidarität beweisen!

In den Konsumgenossenschaften muß sofort Unterstützung organisiert werden!

Die noch Unorganisierten, die sich bereit erklären, in den Verband einzutreten, müssen ebenfalls unterstützt und damit eine großzügige Werbekampagne für den Metallarbeiterverband durchgeführt werden!

Sofortige Einbeziehung auch der dem Arbeitgeberschutzverband angehörigen Betriebe in den Kampf ist dringende Notwendigkeit. Die Arbeiteröffentlichkeit soll nun feststellen, ob unsere Forderungen nicht den Interessen der gesamten Arbeiterschaft entsprechen.

Das Urteil darüber, ob die unflätige Schimpferei der Volkszeitung oder die sachliche Kritik der Arbeiterstimme, die mit positiven Vorschlägen verbunden ist, den Arbeiterforderungen entspricht, überlassen wir getrost der Metallarbeiterschaft selbst.

Metallarbeiter! Bereitet den Metallindustriellen eine entscheidende Niederlage!

Die Streiklage in Bautzen

In Bautzen ist die Streiklage folgende: Die Unternehmer haben den im Kampf Befindlichen gekündigt, 14tägig. **Im Betrieb Bronker u. Co. wurde heute ausgesperrt.** Es arbeiten nur wenige. In Bautzen besteht meist 14tägige Kündigung, daher erfolgt die **Aussperrung dann erst am 24. April.** Munker u. Co. kündigten am 13. April und werden die Aussperrung am 27. April beginnen. In einem Betrieb (Johne, Bautzen) findet am Sonnabend Betriebsversammlung statt, die zu der Lage Stellung nehmen wird. Ohne Genehmigung der Verbandsleitung des DMV soll kein Betrieb in den Streik treten. Die Unternehmer vom Arbeitgeberschutzverband haben keine Aussperrungsmaßnahmen getroffen.

Brutale Maßregelung von kommunistischen Funktionären im Bergarbeiterverband

Essen, 13. April. (Eig. Drahtbericht.)

Die Bergarbeiterzeitung vom 10. April veröffentlicht unter Verbandsnachrichten, daß **der Genosse Gustav Sabottka** auf Grund der Generalversammlungsbeschlüsse und des § 6 des Statuts **aus dem Verband ausgeschlossen** ist. Dieses Vorgehen des Verbandsvorstandes ist zweifellos darauf zurückzuführen, daß Genosse Sabottka von der Zahlstelle als Delegierter zur Verbandsgeneralversammlung vorgeschlagen war und außerdem eine ganze Reihe von Ortsgruppen einen Antrag angenommen hatte, daß Genosse Sabottka die Möglichkeit erhalten sollte, auf der Generalversammlung als Korreferent aufzutreten. Zu dem neuesten Schandstreich der Gewerkschaftsbureaukratie gesellt sich die Tatsache, daß auch **gegen eine Reihe anderer Genossen, die als Delegierte zur Generalversammlung der Bergarbeiter gewählt sind, ein Ausschlußverfahren eingeleitet ist und auch einige Urteile, Funktionsenthebungen, Versammlungsverbote usw. gefällt sind.**

Schandschiedsspruch für die Königsberger Buchdrucker

Einstimmige Ablehnung durch die Streikenden

Königsberg, 13. April. (Eig. Drahtbericht.)

Das Tarifschiedsgericht, das in Berlin zur Abwürgung des Königsberger Buchdruckerkampfes zusammentritt, hat einstimmig beschlossen: **„Der Streik der Buchdrucker der Königsberger Allgemeinen Zeitung und der Ostpreußischen Verlagsgesellschaft bedeutet eine Tarifverletzung. Die Arbeit muß sofort aufgenommen werden."** An der unerhörten Entscheidung dieser Schlichtungsinstanz haben neben 3 Unternehmervertretern auch 3 Verbandsbureaukraten mitgewirkt. Sie haben dem Schandspruch ihre Stimme gegeben. Zu dieser Vereinbarung der Bureaukraten nahm gestern vormittag eine Versammlung der streikenden Buchdrucker Stellung. Es wurde einstimmig beschlossen, die Vereinbarung abzulehnen. Daraufhin haben die Unternehmer um die Verbindlichkeitserklärung nachgesucht. Das Resultat steht noch aus.

Die Auswirkung der Gefangenen-Befreiung von Moabit

(Von unserem Berliner Korrespondenten)

Die kühne Tat beherzter revolutionärer Arbeiter, die aus dem Moabiter Untersuchungsgefängnis einen kommunistischen Funktionär durch Handstreich befreiten, wurde von der Arbeiterschaft überall mit Begeisterung aufgenommen. In den Berliner Betrieben bildet sie das Tagesgespräch. Ueberall wird gegenübergestellt die Taktik der sozialdemokratischen Führung, die hinter den politischen Gefangenen das Kerkertor zuschlägt, und die revolutionäre Solidarität der Arbeiter, die die Opfer der Klassenjustiz auf die Gefahr eigener schwerer Opfer aus dem Gefängnis befreit. Die Stimmung der Berliner Arbeiter hat sehr rasch die ganze öffentliche Meinung beeinflußt. Unter ihrem Druck schwenkt sogar ein Teil der bürgerlichen Blätter und — der Vorwärts in der Beurteilung der kühnen Befreiung und ihrer Ursachen um. Während die Mittwoch-Abendpresse mit dem Abendblatt des Vorwärts an der Spitze in sensationellen Ueberschriften und in Revolverblattaufmachung sich nicht genug tun konnte gegen den „Banditenüberfall", gegen die „Wildwestmethoden der Kommunisten" usw., hat sich in den Redaktionsstuben über Nacht eine bemerkenswerte Wandlung vollzogen. Die Herrschaften begreifen, wo die Sympathie ihrer Leser, auch wenn sie alles andere als Kommunisten sind, steht. Ein Reptil, wie die Morgenpost z. B., schreibt: „Die Anklage gegen Braun wurde im Herbst 1926 erhoben, die Untersuchungshaft dauert seit dem 6. April 1927 ... selbst wenn die Akten einigemal von Leipzig nach Berlin und von Berlin nach Leipzig haben geschickt werden müssen, so rechtfertigt ein nach Ansicht des Reichsgerichts doch klarer Tatbestand nicht eine so lange Untersuchungshaft. Dies um so weniger, als diese Strenge immer nur gegen Links-radikale angewendet wird, während die Putschler von rechts sich straflos viel größerer Freiheiten erfreuen. Eine Untersuchungshaft von über einem Jahr ist in jedem Fall eine Härte, sie wird zu einer grausamen Maßnahme, wenn sie sich gegen politische Gefangene richtet ..." (!!!)

Der Vorwärts findet sogar ein Herz zu einer Vorlesung an die „aus dem Häuschen geratenen Rechtsblätter". Er erinnert an die Flucht Ehrhardts, an die Flucht des Kriegsverbrechers Oberleutnant zur See a. D. Boldt, an die Befreiung eines der Luxemburg-Mörder, des berüchtigten Oberleutnants Krull, der von „falschen" (?) Kriminalbeamten aus dem Gefängnis herausgeholt wurde, an den Fluchtversuch des Fememörders Schulz, „bei welcher Gelegenheit ein **Gefängnisbeamter** niedergeschlagen wurde ... diese kleine Auffrischung des Gedächtnisses der Vorwärts-Redaktion, die vorgestern abend noch in ein hysterisches Geschrei über die Wildwestmethoden der Kommunisten ausgebrochen war, dürfte hier allerdings noch weniger schaden.

Den ungeheuren Eindruck, den die kühne Tat hervorgerufen hat, geben auch solche Pressestimmen wieder, die heute noch die Hetze gegen die Kommunisten, die hinter der Tat vermutet werden, fortzusetzen versuchen. Da kann man z. B. lesen: „Die Herren Kommunisten können sich schon etwas einbilden auf den wohlgelungenen Streich, den sie gestern mitten im Hochsitz der Groß-Berliner Rechtspflege gegen die preußische Justiz und die zu ihrer Willensbestimmung dienenden Polizeiorgane geführt haben. Wenn schon am grünen Holz des Moabiter Justizpalastes solche tollkühne Husarenstückchen gelingen können, wie wir gestern eines erlebt haben, dann werden die Leninisten und Bolschewisten in ihren Unternehmungen nun bald gar kein Grenze mehr kennen." Mit Erbitterung über das Versagen der Klassenpolizei wird gleichzeitig überall festgestellt, daß die gesuchten Zentralemitglieder bis heute auch noch nicht zur Strecke gebracht sind.

Die Arbeiter werden daraus nur erkennen, wie das mutige Auftreten und der mutige Kampf für ihre eigenen Interessen, der mit allen zweckdienenden Mitteln geführt werden muß, nicht nur unmittelbar von Erfolg begleitet ist, sondern auch zur Mobilisierung der Massenkräfte beiträgt, deren Einsatz nicht nur einem Gefangenen, sondern allen Opfern der Klassenjustiz die Freiheit bringen wird, und über das Etappenziel der Amnestie hinaus den Weg zur revolutionären Erhebung der ganzen Klasse, die das Schandjustiz von heute stürzen wird, freilegt. Mittlerweile arbeitet die sozialdemokratische Polizei in Berlin angestrengt daran, des Befreiten wieder habhaft zu werden, die Schlappe auszuwetzen und die Blamage gutzumachen, die ihr zugefügt worden ist. Mittlerweile sind die Sympathien, und wir sind es gewiß, auch die tatkräftigste Unterstützung, wo es möglich ist, der Arbeiter mit dem Genossen Braun, dem die kühne Tat beherzter Klassengenossen die Freiheit gebracht hat.

Hetzjagd der Polizeibüttel erfolglos

Genosse Braun spurlos verschwunden

Alle Versuche der Zörgiebelschen Polizei, die in der vergangenen Nacht an vielen Stellen der Stadt Razzien nach dem vorgestern in Moabit befreiten Genossen Otto Braun und seinen Helfershelfern unternahmen, sind völlig erfolglos geblieben.

Der in Moabit bei der Flucht verhaftete Philipp verweigerte bis jetzt außer seiner Namensangabe, die sich bei der Prüfung als richtig herausstellte, auch jede weitere Angabe über seine angeblichen Helfer.

Wie amtlich mitgeteilt wird, fand man bei dem verhafteten Philipp eine ungeladene Pistole. Demnach steht fest, daß **die kühnen Befreier Brauns in keiner Weise die Absicht hatten, von den Schußwaffen gegenüber den Justizbeamten Gebrauch zu machen, sondern nur bezweckten, das Gerichtspersonal zu verblüffen und sie dadurch von einem Widerstand und einer Verfolgung abzuhalten.** — Der verhaftete Philipp, der bekanntlich Schlächtergeselle ist, wird, nach dem Polizeibericht, von seinem Meister als ein idealistisch veranlagter hochbegabter Mensch geschildert. Der Meister hat erklärt, daß er Philipp nach der Haftentlassung wieder einstellen wird.

Charakteristisch für die Beurteilung der vorgestrigen Befreiungsaktion in Moabit ist die Beurteilung durch einen Teil der bürgerlichen Presse. So schreibt z. B. die gestrige BZ. am Mittag unter der Ueberschrift: **„Die Untersuchungshaft dauert zu lange"** u. a.: Durch die gewaltsame Befreiung des kommunistischen Redakteurs Braun ist die Oeffentlichkeit wie er darauf aufmerksam geworden, **wie lange manche Gefangene in Untersuchungshaft sitzen müssen.** Braun ist im Oktober 1926, also vor 18 Monaten, verhaftet worden ... Die große Mehrzahl aller Haftsachen läßt sich, wie an Beispielen bewiesen werden kann, in einer bedeutend kürzeren Zeit erledigen, als dies augenblicklich der Fall ist." Diese Ausführungen der BZ. am Mittag kommen einer **moralischen Rechtfertigung der Befreiungsaktion Brauns, die nicht zuletzt wegen der von der SPD mit abgewürgten Amnestie erfolgte, sehr nahe.**

Entgegen dieser Stellungnahme eines bürgerlichen Blattes sieht es auch der gestrige Abend-Vorwärts als seine Hauptaufgabe an, die vorgestrige Befreiungsaktion in Moabit zu einer blöden Kommunistenhetze und Verächtlichmachung der KPD zu benutzen. Im Abend-Vorwärts erscheint ein Bild, das einen Fememörder in einer Gefängniszelle darstellt, der schon die Nachricht von der Gefangenenbefreiung liest. Das Bild trägt die Ueberschrift „Der Traum des Fememörders" und die Unterschrift bzw. den Ausspruch des abgebildeten Fememörders: „Jetzt trete ich endgültig der KPD bei." — Die Arbeiterschaft und nicht zuletzt die sozialdemokratischen Arbeiter werden diese ekelhafte Schmutzerei des Stampfer-Vorwärts entschieden zurückweisen.

Neue Hochverratsprozesse

Leipzig, 13. April. (Eigene Drahtmeldung.)

Am Donnerstag begann vor dem 4. Strafsenat des Reichsgerichts ein Hochverratsprozeß gegen 6 mitteldeutsche Arbeiter, Günther, Dohmen, Martin, Kretzschmer, Ullmann und Wagenbotten. Das hochverräterische Unternehmen soll nach der Anklage durch den Besitz und die Verschweigung eines Waffenlagers vorbereitet worden sein. Seit 1924 waren im Zeitzer Forst einige Gewehre mit Munition und Sprengkapseln vergraben. Ullmann und Schumann, der flüchtig ist, sollen im August vergangenen Jahres den Versuch gemacht haben, die Waffen abzutransportieren. Der Transport, der von den Angeklagten geleitet wurde, wurde von der Gendarmerie angehalten. Nur Schumann gelang es, zu flüchten. Daß es sich bei diesen Waffen nur um unbrauchbares Zeug handelt, beweist das Gutachten der technischen Reichsanstalt. Trotzdem hält die Reichsanwaltschaft die Anklage aufrecht, die sie mit Beschlüssen der KPD auszuputzen versucht. Die Angeklagten, von denen einer Sozialdemokrat ist, erklären, daß sie von keiner Parteileitung angeleitet worden seien. Sie haben die Waffen zum Zweck des Abwehrkampfes gegen faschistische Angriffe aufbewahrt. Die Verhandlung dauert fort.

Die Verhandlungen im Ruhrbergbau

Essen, 13. April. (Eig. Drahtbericht.)

Die Schlichtungsverhandlungen für die Lohn- und Arbeitszeitregelung im Ruhrbergbau, die am Donnerstag begannen, haben noch zu keinem Ergebnis geführt. Die Verhandlungen der Schlichterkommission beschränkten sich hauptsächlich auf die Feststellung der Auswirkungen der von den Gewerkschaften beantragten Arbeitszeitverkürzung auf die Selbstkosten. Im Anschluß daran wurde noch über die Lohnfrage verhandelt. Die Verhandlungen werden am Freitag fortgesetzt. Ob bereits am Freitag ein Schiedsspruch gefällt werden kann, steht noch nicht fest.

Sowjetnote an Poincaré-Regierung

Gegen französische Raubabsichten auf Neuyorker Sowjetgold

Aus Moskau meldet die Telegraphenagentur der Sowjetunion: „Dowgalewski, der Sowjetbotschafter in Frankreich, überreichte am 7. d. M. dem französischen Ministerium des Auswärtigen eine Note, in der er in Erinnerung bringt, daß die Sowjetbotschaft bereits am 24. v. M. an das französische Ministerium des Aeußeren eine Anfrage wegen der Ansprüche der Banque de France auf die nach den Vereinigten Staaten eingeführte Goldsendung der Moskauer Staatsbank gerichtet habe.

Die Note vom 24. März teilte mit, daß der französische Botschafter in Moskau sowohl die Tatsache der Ueberreichung einer französischen Note in Washington, durch die die Ansprüche der Banque de France unterstützt wurden, als auch die Tatsache einer seitens der Banque de France bei einem amerikanischen Gericht angestrengten Klage in Abrede stellte. Der französische Botschafter erklärte Tschitscherin, daß es sich lediglich um eine Klarstellung der Frage handelte, ob die Vorschrift aus dem Jahre 1920 wegen Nichtzulassung von Goldsendungen der Sowjetunion in den Vereinigten Staaten in Kraft bleibe.

Indessen hat das Washingtoner Staatsdepartement Pressevertretern gegenüber bestätigt, daß am 6. März eine Note Claudels eingegangen sei, die von den besonderen Ansprüchen Frankreichs auf das Gold der Moskauer Staatsbank Kenntnis gab und auf die seitens der Banque de France erhobene Klage hinwies.

In der Note vom 24. März wurde außerdem eine Meldung des Washintoner Korrespondenten der Agentur Havas erwähnt, der die Erklärung des Staatsdepartements über den Empfang der in Rede stehenden Note Claudels vom 6. März meldete und deren Inhalt wiedergab. Infolgedessen ersuchte die Pariser Sowjetbotschaft in der Note vom 24. März das Pariser Ministerium des Aeußeren um Auskunft, ob die Nachricht von der Ueberreichung der Note Claudels und der Klage der Banque de France zutreffe, und bat, wenn dies der Fall sei, die Sowjetbotschaft von dem genauen Inhalt dieser Note in Kenntnis zu setzen.

Das Ministerium des Aeußeren stellte zwar eine baldige Antwort in Aussicht, hat jedoch eine solche nicht gegeben. Deshalb brachte Dowgalewski in der Note vom 7. d. M. das französische Versprechen in Erinnerung und bat um Beschleunigung der Antwort.

•

Neuyork, 11. April. Das Sowjetgold im Betrage von 5 Millionen Dollar wurde an Bord eines deutschen Dampfers wieder eingeschifft.

Im Staatsdepartement wird erklärt, die Klagen der Bank von Frankreich und der rumänischen Regierung hätten von den Gerichten nicht registriert werden können, da juristisch nie sowjetrussisches Gold in den Vereinigten Staaten sich befunden hätte.

Die Chicago Tribune berichtet, daß Frankreich [illegible] Schritte zu unternehmen gedenke, um seine bereits in Washington angemeldeten Ansprüche zu verfolgen.

Ein neuer Flug in den Ozean?

Gestern 5,30 Uhr ist die Bremen mit dem Flugzeugführer Köhl und dem Begleiter v. Hühnefeld von England nach Amerika gestartet. Trotzdem leider schon eine ganze Anzahl Flieger bei den Versuchen, von Europa nach Amerika zu fliegen, erfossen sind, wird auch dieser Flug mit einer einmotorigen Maschine durchgeführt.

An Sicherheitsmaßnahmen hat die Maschine, wie unser Bild zeigt, nichts anderes, als ein paar in die Tragflächen eingebaute Lufttanks.

Die bisherigen Meldungen über den Flug lauten günstig. Die Strecke von Baldonnel bis zur Küste, 175 Kilometer wurden in einer Stunde und 27 Minuten durchflogen. Jetzt wird gemeldet, daß man den Apparat gesichtet habe, wo er nach 10 Stunden Fahrt 880 Kilometer zurückgelegt. Die Gesamtstrecke, die das Flugzeug zurückzulegen hat, beträgt 4800 Kilometer.

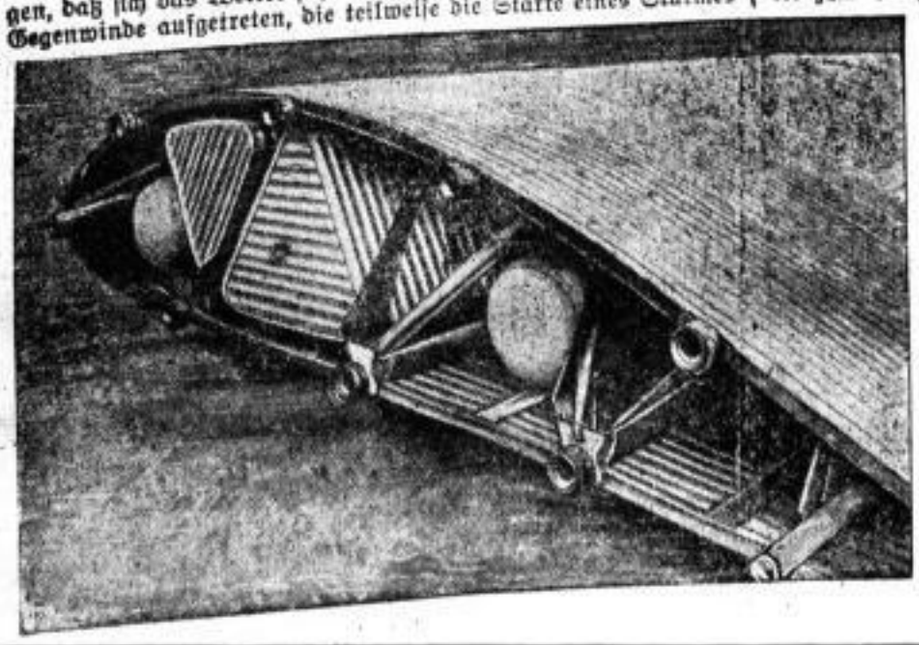
Von der amerikanischen Küste kommen aber jetzt Meldungen, daß sich das Wetter sehr verschlechtert habe. Es seien starke Gegenwinde aufgetreten, die teilweise die Stärke eines Sturmes erreichen. Auch seien im mittleren Ozean starke Nebelbänke zu überwinden.

Anderseits teilt man mit, daß die Flieger mit solchen Schwierigkeiten gerechnet haben.

Die Maschine flog zuerst mit einer Durchschnittsgeschwindigkeit von 120 Kilometer. Diese soll jetzt auf 170 Kilometer gesteigert sein.

Auf der Flugstrecke, die von der Bremen eingehalten wird, befinden sich 26 Ueberseedampfer auf dem Reiseweg.

In Amerika trifft man alle Vorbereitungen zum Empfang der Bremen. Die Flugplätze sind in Bereitschaft. Polizei und Militär ist aufgeboten, um bei einer eventuellen Landung den Massenandrang zurückzuhalten. Die Behörden bereiten ebenfalls festliche Empfänge vor. Gute Fuhre, bis jetzt liegen noch einige Kubikmeter Wasser dazwischen. Selbst, wenn aber die Flieger landen, für die Praxis hat das noch nicht allzuviel Bedeutung. Bis zum Passagierflug ist noch einige Zeit hin. Auch wird man dann andere Maschinen bauen müssen. Möglich, daß man schneller zum Levisitflug kommt.



Tragfläche der Bremen

In der Tragfläche sind Benzin- und Lufttanks eingebaut. Die Lufttanks sollen bei einer eventuellen Landung auf dem Ozean die Maschine über Wasser halten.

★

★